



Bürgerrechte oder Diktat der Konzerne?

Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA - zielbewusste Angriffe auf die Demokratie

1. Was bezwecken TTIP und CETA?!

Seit Monaten verhandeln Vertreter der EU-Kommission und des US-Handelsministeriums insgeheim, unter Ausschluss der Presse und selbst der Parlamentarier über ein **transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP)**. Das seit 2008 verhandelte **Abkommen der EU mit Kanada (CETA)** ist dem TTIP ähnlich. Durch Druck von kritischen Organisationen und Bürgern wurden jedoch immer mehr Details an die Öffentlichkeit gebracht.



Abb.1: CETA, TTIP & Co. legen die Grundrechte der Menschen in Ketten.

Es soll nicht nur die weltgrößte Freihandelszone geschaffen werden, sondern alles was das Profitstreben der großen Konzerne in irgendeiner Weise behindert, soll ausgeschaltet werden. Dazu gehören Umweltstandards, soziale Errungenschaften, Energie- und Klimagesetze, Tier- und Verbraucherschutzstandards, gesundheitliche Festlegungen, kulturelle Diversität und gesellschaftliche Teilhabe. So genannte Investitionsschutzklauseln erlauben es Konzernen dann, Staaten auf Schadensersatz für mutmaßlich entgangene Gewinne zu verklagen. Dies gilt selbst gegenüber demokratisch legitimierten Entscheidungen, wenn diese z. B. den Schutz der Gesundheit oder der Umwelt als vorrangig ansehen. Spätere parlamentarische Änderungsbeschlüsse sind nicht möglich. Zukünftig sollen weltweit agierende

Oligopole der **Nahrungsmittel- und Saatgutindustrie, der Chemie-, Pharma- und Energiewirtschaft, des Finanzwesens und der Wasserwirtschaft** im Interesse ihres Profites bestimmen, was wir zu essen und zu trinken haben, welche Arzneimittel einzunehmen sind, welche Naturprodukte vielleicht nicht mehr verwendet werden dürfen oder welche Energie- oder Finanzsysteme wir zu nutzen haben. **Profit und Konzernrechte erhalten das Primat vor Menschenrechten, Umweltschutz, Demokratie und Freiheit.** Das bedeutet z. B.:

- **Gentechnik im Essen**, ohne eine Unbedenklichkeitsprüfung und ohne Kennzeichnungspflicht.
- **Chemikalien, Pestizide, Herbizide** auch in Europa, wenn diese bereits in den USA zugelassen sind oder umgekehrt.
- **Chlorhähnchen** (mit giftiger Chlorklösung desinfiziert) und **Hormonschweine** (mit Wachstumshormonen gemästet) dürfen dann in die Supermärkte kommen.
- Die **Privatisierung der Wasserversorgung** wird forciert.
- Die **Förderung von Gas und Öl mit giftigen Chemikalien** wird ermöglicht – trotz der Gefahr, dass diese Gifte ins Grundwasser gelangen.
- Gegen **Arbeits-, Arbeitsschutz- und Gewerkschaftsrechte** könnten Konzerne klagen.

Unternehmensprofite werden auf Kosten sinkender Löhne, Umweltvergiftungen, Krankheiten sowie durch Kriege massiv gesteigert.[†] Das ist die menschenfeindliche, totalitäre Ideologie dieser Kartelle.

2. Schattenjustiz der Konzerne

Rechtlicher Kern dieser Abkommen sind **Investitionsschutz-Sonderrechte**. Ein Investor kann, wenn ein Verwaltungsakt oder ein Parlamentsbeschluss seine „Gewinnerwartung“ enttäuscht, vor einem außerstaatlichen Schiedsgericht auf Schadensersatz in unbegrenzter Höhe klagen. Ob diese Klage „berechtigt“, eine öffentliche Maßnahme „notwendig“ oder eine Behandlung „fair und gerecht“ ist, das entscheiden nicht übliche Gerichte des Rechtsstaats, sondern allein konzernnahe Anwälte.

Die Verhandlungen finden völlig außerhalb rechtsstaatlicher Prinzipien statt. Das Schiedsgericht wird weltweit von 15 spezialisierten Anwaltskanzleien beherrscht. Die Richter/innen sind meist Anwälte/innen in international tätigen Kanzleien, mit multinationalen Unternehmensgruppen eng verbunden. Ergebnisse solcher Verhandlungen können sein: Ablehnung der Konzernklage, Schadensersatzforderung gegen den jeweiligen Staat oder ein Vergleich, oft in Form von Strafzahlungen des Staates an den Konzern. Eine Berufung gegen die Entscheidung ist nicht möglich. Entschädigen müssen natürlich die Steuerzahler des verklagten Staates. Hinzu kommen die millionenschweren Zahlungen an die gekauften Aasgeier in den Kanzleien. Außerdem ist die Entscheidung des Staates gegen den Konzern Klage erhoben hat, zurückzunehmen. **Beispiele gibt es bereits heute genug:**

- Der *schwedische Energieriese Vattenfall* verklagte Deutschland 2009 auf 1,4 Milliarden Euro Schadensersatz zzgl. Zinsen aufgrund der für sein Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg eingeführten Umweltauflagen. 2012 leitete Vattenfall eine weitere Klage gegen den deutschen Atomausstieg (Stilllegung zweier seiner AKWs) ein. 4,7 Milliarden Euro werden nun geltend gemacht.
- Europa wurde vor der Welthandelsorganisation verklagt, weil Hormonfleisch aus den USA (noch) nicht eingeführt werden darf.
- Der *Tabakkonzern Philip Morris* hat Klage gegen Uruguay und Australien erhoben, weil die dortigen Antirauchergesetze ein Investitionsabkommen mit der Schweiz verletzt hätten.

Diese Freihandelsabkommen sind damit dreiste Angriffe auf die parlamentarische Demokratie. Die globalen Multis wollen die gesamte Welt beherrschen.² Nach Auffassung von Völkerrechtlern verstößt CETA gegen das Grundgesetz, gegen das EU-Recht und gegen die im Grundgesetz verankerte Garantie auf kommunale Selbstverwaltung.³ Die Kritik gilt auch dem noch zu verhandelnden TTIP-Abkommen mit den USA.

3. STOP dem Diktat der Konzerne – Bürgerbündnis jetzt erst recht!

Der von vielen Organisationen aus EU-Staaten getragene Protest gegen die skandalöse Zurückweisung des Bürgerbündnisses Anfang September durch die EU-Kommission hat nun folgende Maßnahmen abgestimmt:

1. Einreichung einer **Klage** bei dem Europäischen Gerichtshof gegen den Ablehnungsbescheid.
2. Start einer selbstorganisierten **Europäischen Bürgerinitiative**.

Ziel ist es, den EU-Bürokraten klar zu machen, dass die Menschen in Europa Diktatrechte der Konzerne sowie Absenkungen von Umwelt- und Lebensstandards nicht hinnehmen werden.

- Statt unkontrollierter Rechte für Monopole bedarf es einer Einschränkung ihrer Macht über das Leben und der Beendigung der Umweltzerstörung. Dazu ist die Ausweitung einer demokratischen Kontrolle erforderlich.
- Konfrontieren wir unsere Abgeordneten damit, sich mit dem undemokratischen Abkommen zu befassen und sich der Unterhöhung von Demokratie und Rechtsstaat entgegenzustellen.

- Unterstützen Sie den **Protestaufruf der Europäischen Bürgerinitiative** unter:
www.mehr-demokratie.de/stoppttip.html
 oder
www.umweltinstitut.org/stop-ttip/
 oder
www.campact.de/ttip/

- Unterstützen Sie auch unsere weltweite Initiative von Menschen und Gruppierungen zum **„Aufruf für eine Bewegung des Lebens“**:
www.movement-of-life.org

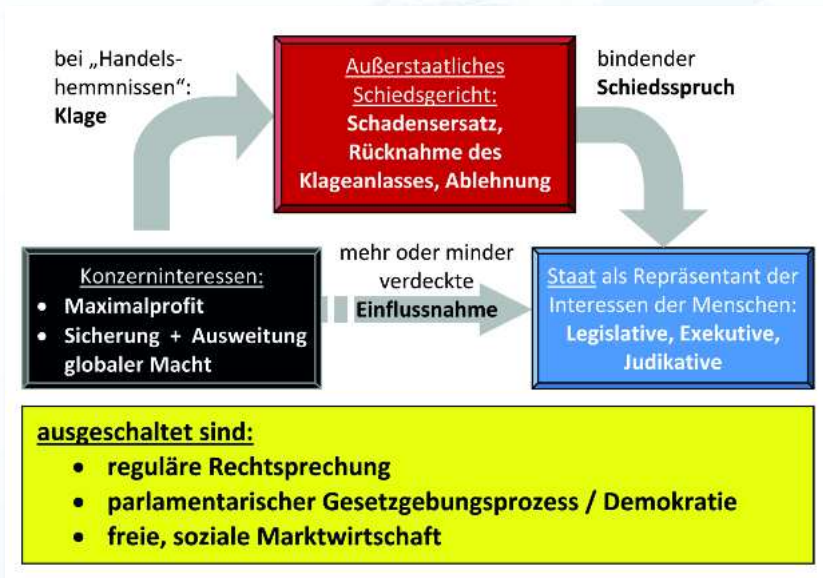


Abb.2: Überstaatliche Schiedsinstanzen entscheiden zwischen privaten Wirtschaftsinteressen und Staaten.

1 Kritisches Informationsnetzwerk zum Thema internationale Handelsbeziehungen www.bilaterals.org/?menschen-umwelt-und-demokratie-vor&lang=en ; Parteiunabhängige und gewerkschaftsübergreifende Aufklärungsinitiative zum Themenschwerpunkt Arbeit www.labournet.de/politik/eu-politik/wipo-eu/freihandelsabkommen-mit-den-usa-tafta

2 Broschüre Profit durch Un-Recht; Corporate Europe Observatory / Transnational Institute / Campact / PowerShif, Brüssel / Amsterdam / Berlin November 2014

3 Völkerrechtler gegen TTIP und Ceta; <http://m.taz.de/Gutachten-zu-Freihandelsabkommen/!148655;m/>